

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1.50 RM. Ausländ. Fernbest. Einzelnummern 10 Kops. Für Polsterbetten und Polstermöbeln, nehmen zu. Fernbestellungen mit Nachnahme. Fernbestellungen mit Nachnahme. Fernbestellungen mit Nachnahme.

Anzeigenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. - Nachweisungs-Verfahren 20 Kops. - Besondere Anzeigenpreise für die Anzeigen-Verfahren. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 148 - 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden * Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 28. Juni 1934

Die Grundgedanken der großen Steuerreform.

Seht, da die neue Steuerreform in all ihren Einzelheiten durch die Rede des Staatssekretärs Reinhardt vor die Öffentlichkeit gebracht worden ist, muß man nebenbei noch eine besondere Feststellung machen: Was würde wohl aus einer solchen Steuerreform größten Umfangs und einschneidendster Bedeutung geworden sein, wenn sie erst noch einem der früheren Reichstage mit all seiner Parteiwirtschaft hätte vorgelegt werden müssen! Was hätte herausgekommen wäre, hätte erfahrungsgemäß gehabt, was in der Vorlage selbst gestanden hätte und außerdem hätten dann aus dem endgültigen Ergebnis — wenn es dazu überhaupt gekommen wäre! — die Kompromisse sozusagen aus allen Knopflöchern herausgehaut. Es wäre ein halbes oder ein vieriel Wert geblieben, nicht aber ein ganzes, wie die jetzige umgestaltete Steuerreform der nationalsozialistischen Regierung vor dem deutschen Volk dasteht. Es ist eine gewaltige finanzielle, wirtschaftliche und politische Arbeit in aller Stille geleistet worden und damit liegt ein Musterbeispiel für die wieder einmal zur Tat umgesetzte Idee des wirklichen Führertums vor uns.

Schon der große Umfang, dann aber auch die bis in letzte Einzelheiten eingehenden Bestimmungen des Gesetzes zeigen dazu, vor allem auf die leitenden Gedanken dieser Steuerreform hinzuweisen. Sie geht aus von den beiden Säulen, daß der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben Geld bedürfte, daß aber die dafür notwendigen Steuern wirtschaftlich und sozial für Steuerpflichtigen vielleicht wichtigste Erklärung des Staatssekretärs, die heutige Steuerbelastung sei schon so groß, daß jede Erhöhung dieser Belastung den Geben der wirtschaftlichen und sozialen Befriedung und würde. Erfolgt hier also auf der einen Seite die strikte Ablehnung jeder Steuererhöhung, so wird dem gleich noch hinzugefügt, daß es grundsätzlich überdies zu bedauern ist, daß die Zahl der Steuern wesentlich zu vermindern und die Steuerlast zu vermindern. Dem Einwand gegenüber — auf den der Staatssekretär selbst hinwies —, daß doch der Hausverwalter des Reiches viel zu stark angepannt sei, um eine solche Steuerentlastung durchaus nicht immer eine Verarmung zu bedeuten, im Gegenteil; denn es haben bekanntlich Steuerermäßigungen stattgefunden, ohne daß der Gesamttrag der betreffenden Steuer zurückging. Vielmehr nun eine stärkere wirtschaftliche Belebung als Folge der Steuerermäßigung eintrat, zum Teil recht beträchtlich. Dieser bisher schon geachtete Versuch wird durch die Steuerreform in weit größerem Maßstab fortgesetzt.

Wird also auf diesem Wege eine tatsächliche, für das Reich übrigens auch notwendige Vermehrung der Steuererträge erzielt, so ermöglicht gerade sie nun die Durchsicht der eigentlichen Absicht der Steuerreform: Wirtschaftspolitik zu betreiben, also den Wege zu räumen oder sie positiv zu fördern; ferner die deutsche Steuerwesen unter den Gesichtspunkt der Förderung der Familie zu stellen, fernerhin das ganze deutsche Steuersystem wesentlich zu vereinfachen und schließlich auch durch besondere Bestimmungen den Wert der Persönlichkeit und der beruflichen Verantwortung in der Wirtschaft zu heben. Diese Grundgedanken kehren nun bei den einzelnen Bestimmungen immer wieder.

Um nur ein paar davon herauszunehmen: Da ist vor allem die Förderung des Kraftwagenverkehrs. Nicht geleht hat, außerordentlich großen wirtschaftlichen Nutzen. Dann wäre ferner hinzuweisen auf die Erhöhung der Umsatzsteuer für den Warenausgang erheblich von 2 auf 1/2 Prozent. Das wird u. a. auch recht die zur Zeit immer noch spürbar sind; denn der Preis der Ware auf ihrem Wege von der Erzeugung bis zum letzten Verbraucher wird durch die Umsatzsteuerermäßigung wesentlich ermäßigt, — aber auf der anderen Seite fürchtet man wegen der dadurch geförderten Umsatzsteuer. Vor allem aber treffen sich bei der Umsatzsteuer zur Steuerermäßigung nach der Kinderzahl, zur Förderung der Geschlechtsunterschiede, zur Befreiung der Bevölkerungspolitik mit den wissenden wie aus Erfahrung, wie außerordentlich belebend das System der Ehestandsbarthen auch auf die Wirtschaft gewirkt hat; wenn andererseits die bis zur Steuer-

Neurath zur Transfer- und Devisenfrage

Berlin, 27. Juni. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag veranstaltete anlässlich der Tagung der deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Auslande einen Empfangsabend in den Kroll-Gestirten Berlin. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath überbrachte die Grüße und Wünsche der Reichsregierung. Er wies auf die gewaltigen Veränderungen hin, die seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland eingetreten seien. Die Aufteilung des Reiches in Länder, die Eisenerzfelder und Rivalitäten der Länder untereinander seien verschwunden, ferner die Zerrissenheit der inneren Politik durch eine Anzahl von Parteien, der Klassenkampf als Selbstzweck, schließlich der Unverständnis dafür, daß für eine kraftvolle Außenpolitik Einheit im Innern erste Voraussetzung sei. Ein einheitliches Reich und ein Volk entstanden, das sich als ein einziges zusammengehöriges und untrennbares Ganzes fühle. Für die Auslandsdeutschen komme dies alles in der Tatsache zum Ausdruck, daß sie in ihren Vätern sich jetzt endlich nur noch als Deutsche bezeichnen könnten.

Die Aufgabe der Tagung der deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Auslande bezeichnete Freiherr von Neurath als eine doppelte. Einmal sollte den Auslandsdeutschen Gelegenheit gegeben werden, Ränder ihrer Eindrücke von den tiefen Wandlungen der letzten Jahre in Deutschland zu sein, wenn sie brauchen wieder an ihre Arbeit gingen. Diese Eindrücke müßten bestimmt werden von den großen Errungenschaften des deutschen Volkstums. In der Richtung dieser Aufgabe liege auch, so betonte der Reichsaussenminister, die engere und bessere Zusammenarbeit der Auslandsdeutschen mit den Organisationen in der Heimat und eine gleichmäßigere Organisation der Auslandsdeutschen selbst. Dabei sei aber vor einem allzu starken Drang nach Schematisierung zu warnen, da in den historisch gewordenen und bodenständigen mancher Außenhandelskammern nicht unerhebliche Werte liegen. Die zweite Aufgabe sei eine sehr nüchterne, nämlich: Ausfuhr tut not. Als eine Hauptaufgabe der Tagung bezeichnete er die, für die deutsche Ausfuhr die Erfahrungen nutzbar zu machen, die in den deutschen Außenhandelskammern angeammelt seien. Daraus könnte die deutsche Wirtschaft wertvolle Anregungen für das tägliche Geschäft und als ganzes Nutzen haben.

In diesem Zusammenhang streifte der Reichsaussenminister das Devisenproblem. Der Hauptgrund für den Rückgang der deutschen Ausfuhr sei die Währungsentswertung in den großen Industrieländern, die Deutschland den Wettbewerb fast unmöglich mache. Eigentlich sollte man von den Ländern, die ihre Währung ohne Notwendigkeit entwertet und die dadurch Deutschland am meisten in die letzten Transfererleichterungen gebracht hätten, mehr Rücksicht auf die Folgen daraus und mehr Verständnis für die Lage erwarten.

Weiter sei das nicht der Fall. Die Drohungen, die in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen gegen die deutsche Wirtschaft ausgesprochen worden seien, bedauerte der Reichsaussenminister. Sie seien mehr als kurzfristig. Ihre Verwirklichung wäre nicht nur ein Schlag für Deutschland, sondern für die ganze Weltwirtschaft und sie würde ebenso stark auf die Länder zurückfallen, die sie ausführen.

An die Handelskammern im Auslande richtete er den Appell, an der Aufgabe der deutschen Ausfuhrförderung mit allen Kräften mitzuarbeiten. Deutschland wolle sich nicht abschließen vom Auslande. Dabei wandle er sich gegen das Schlagwort: „Autarkie“, das heute in allen maßgebenden deutschen Kreisen überhand genommen sei. Niemand in der Reichsregierung glaube, daß Deutschland wirtschaftlich vom Auslande isoliert werden solle und könne. Wenn auch unter dem Zwang der Verhältnisse mit allen Kräften daran gearbeitet werde, unser Volk und unsere Wirtschaft gesteigerte Steuerermäßigung nach der Kinderzahl auch vor allem bevölkerungspolitisch gemeint ist, so ergänzt sich das aber noch dahin, daß nun größere Einkommensteile des bisher Steuerpflichtigen zur Deckung des eigenen Bedarfs verwandt werden können und damit eine Stärkung der Kaufkraft des einzelnen bedeuten.

Und schließlich noch das dritte Prinzip bei dieser Steuerreform: die Steuervereinfachung. Sie äußert sich vor allem in einer Zusammenlegung jener Steuern, die, praktisch gesehen, nichts anderes waren als zahlreiche Zuschläge zur Einkommensteuer. Damit soll nun, nachdem nach dieser Richtung hin bereits einige Schritte getan waren, endgültig Schluss gemacht werden; denn noch immer gilt der Satz, daß das einfachste und durchsichtigste Steuersystem das beste ist, und zwar ebenso für den Steuerpflichtigen wie für die Steuerbehörde, für den Steuerertrag und für seine Erhebungsstellen.

schafft von ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen unabhängiger zu machen, und im Inlande alles das zu erzeugen, was hier erzeugt werden könne, so verlange andererseits unsere zentrale Lage in Europa verständnisvolle und auf wechselseitigem Entgegenkommen ausgebaute Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern. Ebenso verlange die Notwendigkeit, Rohstoffe zu beziehen, freundschaftliche Austauschbeziehungen mit den überseeischen Ländern. Die wichtigen und umfassenden Handelsbeziehungen, die Deutschland mit einer Reihe von Staaten in jüngster Zeit abgeschlossen habe, seien Zeugnis für diesen Willen. Mit diesen Verträgen seien anderen Ländern große Einfuhrmöglichkeiten nach Deutschland eröffnet worden. Deutschland habe dies tun können, weil diese Länder im Geiste aufrichtiger Gegenseitigkeit auch Deutschland seinen alten Anteil an ihren Märkten belassen hätten. Deutschland sei bereit, mit allen Ländern auf der Grundlage dieser gegenseitigen Rücksichtnahme in Verhandlungen einzutreten. Man könne aber nicht erwarten, daß Deutschland die Zinsen für seine Auslandsschulden transferiere, wenn man der deutschen Ausfuhr alle möglichen Schwierigkeiten mache durch Zölle, durch Kontingente, durch Währungsentswertung und sogar noch durch die angebotenen Zwangsmaßnahmen. Der Transfer sei keine Frage des guten oder schlechten Willens, sondern der tatsächlichen Möglichkeiten. Es sei eigentlich bedauerlich, daß man nach so vielen internationalen Konferenzen und nach so vielen Sachverständigenberichten diese einfache Wahrheit immer noch in die Welt hinausrufen müsse.

Schließlich wies der Reichsaussenminister auf die wirtschaftlichen Fortschritte Deutschlands in den letzten zwei Jahren hin, wobei er an die Spitze die fortschreitende Befundung der Landwirtschaft stellte, die wieder zu einem Standesbewußtsein und gesunden Bauerntum als tragendem und unverwundlichem Fundament für die ganze Wirtschaft geführt hätten. Überall in der Wirtschaft regten sich die Hände. Die frühere Verzweiflung sei trotz aller Schwierigkeiten und manchen Ärgernissen überwunden. Neuer Unternehmungsgeist sei eingezogen und die Arbeitslosigkeit sei zu einem großen Teil bezwungen worden. Was noch übriggeblieben sei, werde in jeder Kleinarbeit überwunden werden.

Göring-Besuch in Köln.

Überreichung des Ehrenbürgerbriefes. Der preussische Ministerpräsident und Reichsminister Hermann Göring flatierte zum ersten Male seit der Machtergreifung Köln einen offiziellen Besuch ab. Die ganze Stadt prangte in einem Flaggmeer. Tausende und aber Tausende hatten sich auf dem Flugplatz und auf den Straßen eingefunden, durch die der Ministerpräsident kommen sollte.

Im Regierungsgedäude fand die feierliche Einführung des neuen Regierungspräsidenten und früheren Leiters der Geheimen Staatspolizei, Diels,

statt. Nach kurzer Begrüßungsansprache durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ergriff der Ministerpräsident das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Die Rheinprovinz hat wie keine zweite Provinz in Deutschland durch die Tat bewiesen, daß sie in schwerster Zeit zu Reich und Volk gestanden hat. Das Volk war es, das damals am Rhein die Front gehalten hat, obwohl ihm von der Reichsregierung keine Rückerstattung gewährt wurde. Es seien immer die besten Beamten, die er in die Provinz, besonders in die Grenzprovinzen, schickte. Damit erledigten sich von selbst alle böswilligen Gerüchte über eine Strafbesetzung Diels. Der preussische Beamte muß, so fuhr Göring fort, stets dem Volke ein Vorbild und durchdrungen sein von der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Wie der Führer sehe ich nicht auf Mitgefühl und Parteibuch, sondern darauf, wie der Beamte sein Leben gestaltet und ob er nicht nur äußerlich vom Nationalsozialismus gestreift ist. In dem neuen Regierungspräsidenten gewandt, sprach Göring: Ich habe Sie heute als Ihr oberster Chef aufgesucht, um der Rheinprovinz zu zeigen, daß Ihre Sorgen und Mühen auch bei uns bekannt werden.“

Regierungspräsident Diels dankte dem Ministerpräsidenten für seine Worte und gab die Versicherung ab, daß er im Einvernehmen mit der politischen Leitung seine ganze Kraft einsetzen werde, um eine nationalsozialistische Gesinnung preussisch-deutscher Prägung in dem ihm anvertrauten Befehlsbereich durchzusetzen.

Besuch bei Kardinalerzbischof Schulte.

Zu Anluß daran suchte Ministerpräsident Göring den Kardinalerzbischof Schulte auf, mit dem er eine kurze Besprechung hatte. Der Minister-